

Beitrag zur Europäischen Videokonferenz am 30.09.2023 zur Gründung des „Europäischen Verbindungsbüros“

Die deutsche Regierung hat sich entschieden, die für alle Zeit mahnende Geschichte dieses Landes vergessen zu machen.

Während die USA zieht sich aus der Finanzierung des Ukraine-Kriegs zurückzuziehen sucht, will die europäische Führung in einem nicht-gewinnbaren Stellvertreterkrieg der NATO-Staaten gegen Russland übernehmen. Polen will das auch –sogar gegen Deutschland gerichtet – worüber uns Agnieszka berichten wird.

Deutschland ist das Land mit den zweithöchsten Kriegsausgaben nach den USA für die ukrainische Kriegsführung, mit 1,1 Millionen Flüchtlingen, die in Deutschland Sonderstatus genießen und mit einem Haushaltsentwurf, der den Namen „Kriegshaushalt“ mit all seinen Sozialkürzungen und Militarisierungen verdient. Das ohnehin kaputtgesparte Gesundheitswesen mit seinem Krankenhaussterben steht nun in einer Abwärtsspirale mit der versiegenden Jugendhilfe, Bildung, Infrastruktur. Der Abbau von Kinderarmut von 1,8 Millionen Kindern im 4.-reichsten Land der Erde wird mit dem geringen finanziellen Aufwand nicht klappen. Der Reallohnverlust in 2022 allein betrug 4 %.

Der Aufruf des SPD-Bundeskanzlers für einen „Deutschlandpakt“, in dem sich alle dem Diktat der USA in ihrem Kampf gegen den Hegemonieverlust - auch auf Kosten der Zerstörung der eigenen Wirtschaftskraft- zu unterwerfen haben, gelingt aber keinesfalls reibungslos. Die Zustimmung der Bevölkerung zur Regierung beträgt derzeit 11 %.

Nicht, dass wir in diesem Land eine deutlich hochwachsende Friedensbewegung hätten, aber man kann sie als solide und sich langsam ausweitend bezeichnen. Der immer größer werdende Widerspruch der Bevölkerung zu einem von oben als alternativlos durchgedrückten Kriegskurs, der kaum noch verdeckt, dass sie obendrein die Zeche zu zahlen hat bietet eine gute Perspektive, die Verhältnisse mit Unterstützung der Bevölkerung von links in Frage zu stellen. Auch wenn derzeit die Zeichen auf einer Rechtsentwicklung stehen.

Wie viele von euch in den Medien verfolgt haben, hatte die seit Jahren zu beobachtende Anpassung der Partei DIE LINKE an das System Folgen: in den nächsten Monaten wird sich zeigen, ob eine neue politische Kraft unter wesentlicher Führung von Sahra Wagenknecht den Trend umkehren kann: für eine Rückkehr zur Friedenspolitik, für eine Rückkehr zur Sozialstaatlichkeit.

In dem wachsenden Netzwerk „Was tun“ haben sich inzwischen viele eher sozialistisch Denkende und damit entschiedene Kriegsgegner zusammen geschlossen, die in der Partei DIE LINKE keine Zukunft mehr sehen können, aber auch neue Friedens- und Demokratiefreunde kommen hinzu. Mit dem Parteiprogramm ist diese NATO-Softpower Politik nicht vereinbar. So hoffen wir auf eine wachsende Mobilisierungsfähigkeit, die dieser fatalen politischen Entwicklung entgegenzutreten vermag.

- Die in Kürze startende breite Mobilisierung zum 25.11. in Berlin schließt an die größte Manifestation für den Frieden in Deutschland am 25.02. in Berlin mit 50.000 Teilnehmern an. Und ganz gleich, ob wieder so viele Teilnehmer kommen, es wird ein Zeichen des entschlossenen Widerstands gegen die Kriegspolitik sein.
- Wird der 24.02.2024 zu einem Tag, an dem in ganz Europa koordiniert der Wille der Bevölkerung nach Frieden und sozialer Stabilität auf die Straßen und Plätze getragen wird, haben wir einen ersten Eindruck davon vermittelt, was „Macht von unten“ bedeuten könnte.
- Von großer Bedeutung sehen wir allerdings auch die mögliche Weiterentwicklung unserer europäischen Koordinierung, wenn sie in einem gemeinsamen Kongress im Frühjahr in Berlin den Willen zur Durchsetzung unserer Ziele in Europa unübersehbar macht.

Kathrin Otte, 30.09.2023